

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:
Tageblatt Riesa,
Herausg. Nr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptmanns Meißner beiderseits bestimmte Blatt.

Postkontor:
Dresden 1580
Verlag:
Riesa Nr. 22.

Nr. 26.

Sonnabend, 31. Januar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Untertrens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 10 mm breite, 1 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Beauftragter Rabatt stellt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Schüler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der große Wirtschaftsplan.

Am Dienstag wird der Reichstag wieder zusammengetreten. Die erste Tagesordnung ist bekannt, die Beratungen der ersten Woche lassen sich übersehen, wir hören jedoch, daß der Kanzler Gelegenheit finden wird, vor dem Reichstage ein großes Wirtschaftsprogramm zu entwickeln, das sich innerhalb der Regierung beraten wird. Das jetzt geäußerte, aus einer Neuherausgabe des Kanzlers entnommene Schlagwort von einem zehn-Jahres-Plan wird falsch verstanden. Der Kanzler wird schon die Pflicht haben, hier Aufklärung zu geben. Was den Plan im einzelnen anlangt, so soll er nach eingehender Besprechung mit der Landwirtschaft und der Industrie abgewogen worden sein. Ob auch die Gewerkschaften dabei zu Worte kommen, ist unbekannt. Sollte das nicht der Fall gewesen sein, so dürften sie wahrscheinlich noch in den nächsten Tagen gehört werden. Es ist nämlich nicht anzunehmen, daß die Regierung nur nach gewissen Interessentengruppen hört und die Arbeiter übersehen.

Wie der Plan im einzelnen aussehen wird, läßt sich, auch wenn sehr wenig von den maßgebenden Stellen verlautet, leicht übersehen. Er soll die gesamte Arbeit der Regierung während der letzten Monate einheitlich zusammenfassen. Er wird demnach umschließen, von der Diktio ausgehend, die Maßnahmen der Förderung der Landwirtschaft, Maßnahmen zur Umgestaltung der Industrie, Maßnahmen zur Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung, er wird berühren Preis- und Lohnabbau, Notstandsarbeiten und das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm. Ob auch die Kürzung der Arbeitszeit, wie sie von den Gewerkschaften gefordert wird, eingeschlossen ist, ist nicht zu erfahren. Reformen und Umstrukturierungsmaßnahmen sind jedenfalls der Hauptinhalt, um den sich die weiteren Maßnahmen drehen. Daß die Kreditfrage eine Rolle spielen wird, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Reichsbankpräsident an allen Vorbereitungen teilnahm. Soweit das Aufbauprogramm rein wirtschaftliche Entscheidungen verlangt, kann es keine Schwierigkeiten bereiten. Die Schwierigkeiten dürften sich in der Hauptsache bei der Finanzierung des Programms zeigen. Ob der Kanzler in diesem Zusammenhang von den bevorstehenden Ausstandarten, die, wie wir hören, für die Aufbaumasse verwandt werden sollen, sprechen wird, hängt wohl davon ab, wie weit diese Verhandlungen gediehen sind. Es kann jedenfalls gesagt werden, daß diese Finanzverhandlungen über den Rahmen gehen, der amtlich auf die Gerüchte von diesen Verhandlungen zugrunde lag.

Das Programm der Regierung kann keine Heberhebung bringen, weil, wie gesagt, lediglich eine Zusammenfassung der bereits eingeleiteten und bekannten geplanten Maßnahmen erfolgen wird. Es soll in der Hauptsache dazu dienen, ein einheitliches Handeln, eine gerade Linie zu zeichnen, die klar den Weg zeigt, den wir zu gehen haben. Es ist wahrscheinlich, daß der Kanzler, bevor er vor dem Reichstage tritt, die Parteiführer von seiner Absicht unterrichtet. Soweit man übersehen kann, dürfte sich eine Weisheit finden, die alle Maßnahmen, oder richtiger das aus mehreren Vorschlägen bestehende Programm geschlossen billigt. In diesem Falle hätte die Regierung freie Hand und brauchte nicht mehr mit einzelnen Vorlagen und Forderungen zu kommen und aus der Gefahr einer Ablehnung heraus zu Notverordnungen greifen.

Soweit die Verhandlungen mit Industrie und Landwirtschaft stattfinden, haben sich für die Regierung Anregungspunkte ergeben. Die Verhandlungen waren aber auch nur informativster Art, eine Zustimmung von der einen Seite oder von der anderen wollte sich die Regierung nicht holen. Diese Verhandlungen sind also nicht mit den daneben laufenden Verhandlungen mit Industrie und Landwirtschaft über reine Interessentragen zu verwechseln.

Weiterberatung der Diktio

Berlin, 31. Januar.

Wie wir erfahren, wird sich das Reichskabinett heute vormittag mit der Diktio beschäftigen. Gestern nachmittag fanden in der Reichskanzlei über diese Frage eingehende Besprechungen statt, an der die Diktio, das Reichsfinanzministerium, das Reichsernährungsministerium und eine Reihe von Persönlichkeiten der Industrie und der Landwirtschaft, wie z. B. Dr. Silberberg, Geheimrat Rasch und von Bismarck teilnahmen. Aus der Anwesenheit dieser Persönlichkeiten schließt man in politischen Kreisen, daß es sich vornehmlich um die Frage handelt, in welcher Form sich der Vorschlag einer Heranziehung der Industrie für die Diktio am zweckmäßigsten verwirklichen läßt.

Stört das Du X.

Biffabon. (Huntersch.) Das Finanze Du X ist heute, wie angekündigt, nach Bad Salzwedel geklettert.

Das Programm des Kabinetts Laval.

Keine Änderung der Außenpolitik.

Paris. In der Regierungserklärung, die Ministerpräsident Laval gestern nachmittag in der Kammer und Justizminister Léon Borard gleichzeitig im Senat verlasen, heißt es, die Regierung verwirklichte zwar nicht die weitgehende republikanische Verständigung unter den verschiedenen Parteien, die wünschenswert gewesen wäre. Aber sie hoffe angesichts der Wichtigkeit der zu erledigenden Arbeiten auf die eifrige Mitarbeit des Parlamentes bei der Erfüllung eines positiven Programms, über das alle republikanischen Parteien sich einigen könnten. Frankreich sei dem Frieden ergeben. Die Regierung werde sich methodisch und geduldig mit der Organisation des Friedens in der Welt befassen unter Mitarbeit aller Nationen, die aufrichtig von demselben Willen bezeugt seien, und aller Regierungen, die den Verträgen Achtung und Vertrauen entgegenbrächten. Die Regierung werde die Bestrebungen zur Annäherung der Völker fortsetzen, ohne jemals die Sorge um die Sicherheit des Landes außer acht zu lassen und ohne die bereits mit befreundeten Nationen angeknüpften Beziehungen zu verkümmern. Die Regierung werde mit allen ihren Kräften an dem Erfolg der großen kollektiven Bemühung, die den Zweck habe, die europäischen Mächte zu organisieren, arbeiten und zwar unter der Führung des französischen Außenministers, der die Beständigkeit der Bemühungen um die europäische Union gewährleisten werde. Die Regierung werde auf diese Weise das Schicksal Frankreichs sichern und zwar durch neue Sicherheitsgarantien, die sehr wohl mit denen der Landesverteidigung vereinbar seien und von durchgreifender Wirkung sein würden.

Die Regierung sei entschlossen, die Außenpolitik fortzusetzen, die das Parlament beständig durch Abstimmung gebilligt habe und die der öffentlichen Meinung in Frankreich entspreche. Sie sei entschlossen, im Einverständnis mit den anderen Nationen eine rationale und gerechte Beschränkung der Rüstungen, die sie für notwendig erachte, zu verwirklichen und eine Politik der Landesverteidigung zu betreiben, die die Sicherheit und die Unabhängigkeit Frankreichs garantiere.

Die Regierungserklärung beschäftigt sich dann mit der Frage der Latente. Sie sei keine Kampffrage, vielmehr sei die Latente heute als Garantie der Gewissensfreiheit anzusehen. Als unmittelbare wichtige Aufgabe nennt die Regierungserklärung die Verabschiedung des Budgets, des Wirtschaftsreformgesetzentwurfs und die Unterstützung der Kolonien. Alsdann geht die Regierungserklärung auf die Weltwirtschaftskrise ein und betont, daß Frankreich gerade jetzt, während im Ausland Anzeichen für ein Abflauen der Weltwirtschaftskrise zu verzeichnen seien, seinerzeit davon betroffen werde. Frankreich müsse also nicht nur auf Mittel fassen, um die Weltwirtschaftskrise im eigenen Land zu überwinden, sondern auch darauf bedacht sein, aus der Wiederaufnahme der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit Nutzen zu ziehen. Bei den Abwehrmaßnahmen, die Frankreich gegen die Drohungen der Weltwirtschaftskrise zu ergreifen habe, sei vor allem der Schutz der französischen Landwirtschaft zu nennen, der nicht zu einem Konflikt zwischen den Landwirtschaft treibenden Produzenten und den südlichen Verbraucher führen dürfe.

Die Regierungserklärung brandmarkt am Schluß noch die Spekulationsmänner und sichert den Sparern den Schutz der Regierung zu.

Sitzungsaal und Tribünen der Kammer waren gestern, wie dies bei der Vorstellung einer neuen Regierung stets der Fall ist, stark besetzt. Auf der Regierungsbank hatten Ministerpräsident Laval, neben ihm Briand und Lardieu und zahlreiche andere Minister und Unterstaatssekretäre Platz genommen. Die Verlesung der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten erfolgte bei fast lautloser Stille. Mit großem Beifall wurden im Zentrum und auf der Rechten die Stellen aufgenommen, die sich auf die Außenpolitik bezogen.

Nach Schluß der Verlesung erklärte sich Ministerpräsident Laval im Namen der Regierung zur sofortigen Beantwortung der Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung bereit.

Als erster Interpellant beschäftigte sich der Kommunist Cahin mit der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich übersteige sicherlich um 150 000 die in der Regierungserklärung angegebenen Zahlen. Die angeblichen Arbeitsbemühungen bezeichnete Cahin als Mythos.

Tarifverlängerung in der mitteldeutschen Brauntoblenindustrie

Halle, 31. Januar. Im Manteltarifstreit der mitteldeutschen Brauntoblenindustrie fanden am Freitag in Leipzig Verhandlungen vor dem Sonderlichter statt. Zwischen den beiden Parteien wurde vereinbart, den Manteltarif unverändert zu verlängern. Er kann erstmalig am 31. August 1931 gekündigt werden.

Der Abgeordnete Lardieu befahte sich insbesondere mit der Zusammenziehung des Kabinetts und mit der Person des Ministerpräsidenten. Er bezeichnete das Kabinett Laval als eine Rechtsregierung, die das kapitalistische Bürgerium vertritt und einen Mann an der Spitze habe, der früher den kommunistischen Gewerkschaften angehört. Der sozialistische Abgeordnete Paul Faure erplärte, Laval habe keine ganze politische Laufbahn innerhalb des Proletariats gemacht. Widerspreche es nicht der Moral, daß ein solcher Mann an der Spitze einer bürgerlichen Klassenregierung stehe? Er hätte Lardieu für erledigt gehalten, als die Interpellationen über die Duxtrix-Affäre in der Kammer zur Debatte standen. Lardieu hätte auf Grund der Polizeiberichte wissen müssen, wie es um seine Mitarbeiter stand. Nach dem Sozialrepublikaner Jorgot erklärte Ministerpräsident Laval, daß er verwechselt habe, die Einigung der Parteien zu verwirklichen, für die Außenpolitik sei das nicht schwer gewesen. Es habe eine Regierung gebildet, nicht um zu kämpfen, sondern zu arbeiten. Auf Ausführungen des elsässischen Abgeordneten Walter bemerkte Laval, daß die Regierung sich die Umverteilung der Budgetsorgens zu eigen mache und werde nach der Verabschiedung des Budgets dafür sorgen, daß die Sache sofort zur Debatte komme. Der Führer der Radikalen Kammerfraktion, Herriot, vertrat den Standpunkt, daß Laval ein Konzentrationskabinett der Mitte hätte bilden müssen, er hätte es aber vorgezogen, mit der Rechten zu partieren. Laval erklärte, daß er das nationale Interesse über das Interesse der Parteien gestellt habe.

Annahme der französischen Regierungserklärung

Paris, 31. Januar.

Nach einer Rede eines Kolonialabgeordneten wird die Generaldebatte geschlossen. Der Vorliegende verliest die vier eingebrachten Tagesordnungen. Die Tagesordnung Lardieu hat folgenden Wortlaut: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung, hat zu ihr Vertrauen und geht unter Ablehnung eines jeden Zusatzes zur Tagesordnung über.“ Der Ministerpräsident erklärt, daß die Regierung nur diese Tagesordnung annehmen könne und daß sie für ihre Annahme die Vertrauensfrage stellen müsse. Nach einer kurzen Debatte beginnt die Abstimmung über den ersten Teil dieser Tagesordnung bis einschließlich „hat zu ihr Vertrauen“. Der Ministerpräsident stellt nochmals für die Annahme dieses ersten Teiles die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab die Annahme des ersten Teiles der Tagesordnung Lardieu mit 312 gegen 253 Stimmen.

Gegen Mitternacht wird das Ergebnis der zweiten Abstimmung durch den Präsidenten bekanntgegeben. Der ursprüngliche Wortlaut der Tagesordnung Lardieu ist gemäß dem Wunsch der Regierung mit 309 gegen 258 Stimmen, also mit 51 Stimmen Mehrheit, angenommen worden. Die gesamte Tagesordnung Lardieu wird dann durch Handaufheben gebilligt. Die Regierung Laval hat also endgültig gesiegt.

Märchen über einen bevorstehenden Bürgerkrieg in Deutschland

In der den Abstimmungen vorausgegangenen kurzen Aussprache fragt der Abgeordnete Franklin-Bouillon die Sozialdemokraten, ob es wahr sei, daß sie von ihren deutschen Genossen benachrichtigt worden seien, daß Deutschland am Vorabend eines Bürgerkrieges stehe. Nach Auskunft der Polizei, so wollte Franklin-Bouillon wissen,

seien 400 000 Hitler-Leute zwischen Berlin und der polnischen Grenze zusammengezogen und seien bereit, in jedem Augenblick auf Berlin loszumarschieren.

Aus welcher Quelle der französische Abgeordnete bezog, die französischen Sozialisten ihre Wissenschaft geschöpft haben, ist aus dem uns vorliegenden Sitzungsbericht nicht ersichtlich. Daß diese Nachricht nicht zutrifft, geht schon daraus hervor, daß sie sicherlich, falls sie wahr sein sollte, nicht erst über die französische Kammer nach Deutschland gekommen wäre.

Das Bergwerksunglück in England

26 Leichen geborgen

Whitehaven, 31. Januar. Nach der letzten amtlichen Meldung wurden von den 45 Bergarbeitern, die sich im Augenblick der Explosion in der Grube befanden, 19 lebend geborgen, während 26 nur als Leichen zutage gefördert werden konnten.